

Hinweise zur Datenverarbeitung

Im Folgenden informiere ich über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des Mandats in Erfüllung der Informationspflichten gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Diese Hinweise gelten für Mandanten (m/w/d) sowie – wenn der Mandant ein Unternehmen ist – für dessen Organmitglieder, Mitarbeiter und sonstige Ansprechpartner (jeweils m/w/d), deren Daten ich im Rahmen des Mandats verarbeite.

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des Datenschutzbeauftragten

Der Verantwortliche gem. Art. 4 Nr. 7 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist

Dr. Guido Norman Motz, Campus Fichtenhain 67, 47807 Krefeld,
Telefon: +49 2151 9368088, Telefax: +49 2151 9368089,
E-Mail: guido.motz@motz-law.com

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

Dr. Martin Kock, Arnoldusstraße 27, 52353 Düren,
Telefon: +49 2421 3889708,
E-Mail: kock@martinkock.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie mich mandatieren, erhebe ich folgende Informationen:

- Anrede, Titel, Vorname, Nachname,
- eine oder mehrere E-Mail-Adresse(n),
- Anschrift,
- Telefon-/Telefaxnummern (Festnetz und/oder Mobilfunk),
- bei Unternehmen als Mandanten: Funktion bzw. Position der Ansprechpartner (m/w/d),
- Abrechnungs- und Zahlungsdaten (z. B. Bankverbindung) sowie ggf. Angaben zu Ihrer Rechtsschutzversicherung,
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind. Hierzu können je nach Gegenstand des Mandats auch besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DS-GVO gehören (z. B. Gesundheitsdaten, Angaben zu einer Schwerbehinderung oder zur Gewerkschaftszugehörigkeit).

Diese Daten erhalte ich in der Regel von Ihnen. Soweit es für das Mandat erforderlich ist, verarbeite ich außerdem Daten, die ich zulässigerweise von Dritten (z. B. von der Gegenseite und deren Vertretern, von Gerichten, Behörden oder Ihrer Rechtsschutzversicherung) oder aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Handelsregister) erhalte.

Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als meinen Mandanten (m/w/d) identifizieren zu können;
- zur Prüfung von Interessenkollisionen vor Übernahme des Mandats;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung sowie zur Erfüllung meiner berufs- und steuerrechtlichen Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Soweit Sie selbst Vertragspartei des Mandatsvertrags sind, erfolgt die Datenverarbeitung auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DS-GVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Soweit Sie nicht selbst Vertragspartei des Mandatsvertrags sind (insbesondere als Organmitglied, Mitarbeiter oder sonstiger Ansprechpartner eines Unternehmens, das mich mandatiert hat), verarbeite ich Ihre Daten auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DS-GVO. Das berechnigte Interesse liegt in der ordnungsgemäßen Anbahnung und Durchführung des Mandats. Auf dieser Rechtsgrundlage beruht auch die Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen aus dem Mandatsverhältnis, einschließlich der Abwehr von Haftungsansprüchen.

Soweit ich gesetzlichen Pflichten unterliege, insbesondere den berufsrechtlichen Pflichten zur Prüfung von Interessenkollisionen und zur Führung und Aufbewahrung von Handakten (§§ 43a, 50 BRAO) sowie steuerrechtlichen Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten, ist Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DS-GVO.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeite ich, soweit dies zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist (Art. 9 Abs. 2 lit. f) DS-GVO) oder Sie ausdrücklich eingewilligt haben (Art. 9 Abs. 2 lit. a) DS-GVO).

Ihre E-Mail-Adresse nutze ich außerdem, um Ihnen gelegentlich Mandanteninformationen zu aktuellen rechtlichen Entwicklungen in den Rechtsgebieten zuzusenden, in denen ich Sie berate oder vertrete (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DS-GVO in Verbindung mit § 7 Abs. 3 UWG). Mein berechtigtes Interesse liegt darin, meine Mandanten über für sie bedeutsame Rechtsentwicklungen zu informieren. Sie können dieser Verwendung jederzeit widersprechen, ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen; eine formlose Mitteilung an mich, etwa

per E-Mail, genügt. Ohne Ihren Widerspruch verwende ich Ihre E-Mail-Adresse für diesen Zweck längstens bis zum Ablauf des dritten Kalenderjahres nach Beendigung des letzten Mandats.

Die Bereitstellung Ihrer Daten ist weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben. Sie ist jedoch für den Abschluss und die Durchführung des Mandatsvertrags erforderlich; ohne diese Daten kann ich das Mandat nicht übernehmen oder nicht sachgerecht bearbeiten. Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling (Art. 22 DS-GVO) findet nicht statt.

Die für die Mandatierung von mir erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, § 50 Abs. 1 BRAO) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass ich nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DS-GVO aufgrund von steuerrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (insbesondere § 147 AO, § 14b UStG: Rechnungen und Buchungsbelege acht Jahre, Aufzeichnungen zehn Jahre) zu einer längeren Speicherung verpflichtet bin, die Daten im Einzelfall zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen länger benötigt werden (Art. 17 Abs. 3 lit. e) DS-GVO) oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a) DS-GVO eingewilligt haben.

Über diese Fristen hinaus speichere ich zur Vermeidung von Interessenkollisionen (§ 43a Abs. 4 BRAO) lediglich die Namen der Beteiligten sowie Gegenstand und Zeitraum des Mandats.

3. Empfänger der Daten und Weitergabe an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) oder lit. f) DS-GVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Im Einzelfall können außerdem Ihre Rechtsschutzversicherung, Sachverständige, Übersetzer oder Korrespondenz- und Terminsvertreter (jeweils m/w/d) Daten erhalten, soweit dies für das Mandat erforderlich ist. Im Haftungsfall kann auch meine Berufshaftpflichtversicherung Daten erhalten. Bei meiner Verhinderung erhält meine anwaltliche Vertretung (§ 53 BRAO) Zugang zu den Mandatsdaten. Kooperierende Rechtsanwälte (m/w/d) erhalten Mandatsdaten nur, soweit Sie zugestimmt haben.

Darüber hinaus setze ich Dienstleister ein, die in meinem Auftrag und nach meiner Weisung tätig werden und dabei Kenntnis von personenbezogenen Daten erlangen können (Auftragsverarbeiter, Art. 28 DS-GVO). Dies betrifft den Betrieb meines E-Mail-Postfachs und meiner Website durch die STRATO GmbH, Otto-Ostrowski-Straße 7, 10249 Berlin. Dienstleister, die Kenntnis von Mandatsgeheimnissen erlangen können, sind vertraglich zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Abrechnungs- und Zahlungsdaten (insbesondere Rechnungen und Zahlungsbelege mit Ihrem Namen, Ihrer Anschrift und der Bezeichnung der abgerechneten Leistung) erhält außerdem mein Steuerberater (m/w/d) für die Buchführung und die Erstellung meiner Steuererklärungen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DS-GVO und mein berechtigtes Interesse liegt darin, meine

steuerlichen Pflichten mit fachkundiger Unterstützung ordnungsgemäß zu erfüllen. Der Steuerberater ist berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und verarbeitet die Daten in eigener Verantwortung. Einblick in die Mandatsakten erhält er nicht.

Eine Übermittlung personenbezogener Daten in Länder außerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittländer) findet nicht statt, es sei denn, dies ist zur Bearbeitung des Mandats erforderlich (z. B. bei Beteiligten mit Sitz in einem Drittland; Art. 49 Abs. 1 DS-GVO).

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur, soweit dies zur Bearbeitung des Mandats erforderlich ist, Sie eingewilligt haben oder eine gesetzliche Befugnis oder Verpflichtung besteht.

4. Kommunikation per E-Mail und Videokonferenz

Die Kommunikation per unverschlüsselter E-Mail ist mit Risiken für die Vertraulichkeit verbunden; es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Unbefugte von den Inhalten Kenntnis erlangen oder diese verändern. Wenn Sie mir per E-Mail schreiben oder mir eine E-Mail-Adresse für die Korrespondenz mitteilen und diesen Kommunikationsweg nach diesem Hinweis fortsetzen, gehe ich davon aus, dass Sie mit der Kommunikation per unverschlüsselter E-Mail einverstanden sind (§ 2 Abs. 2 BORA). Wenn Sie einen anderen Kommunikationsweg wünschen (z. B. Postversand oder passwortgeschützte Dateien), teilen Sie mir dies bitte mit.

Einen eigenen Videokonferenzdienst setze ich nicht ein. An Videokonferenzen nehme ich nur teil, wenn Sie oder ein Gericht dazu einladen (z. B. über ein in Ihrem Unternehmen eingesetztes System oder im Rahmen einer gerichtlichen Videoverhandlung). In diesen Fällen bestimmt die einladende Stelle den Dienst und ist für dessen Einsatz datenschutzrechtlich verantwortlich; es gelten deren Datenschutzhinweise. Auch Videokonferenzen sind mit Risiken für die Vertraulichkeit verbunden. Laden Sie mich über ein von Ihnen ausgewähltes System ein, gehe ich davon aus, dass Sie mit der Besprechung des Mandats über dieses System einverstanden sind.

5. Betroffenenrechte

Sie haben als betroffene Person das Recht,

- gemäß Art. 15 DS-GVO **Auskunft** über die von mir verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen, insbesondere kann Auskunft verlangt werden über
 - die Verarbeitungszwecke,
 - die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden,
 - die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen,
 - die geplante Speicherdauer oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer,

- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch mich oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung,
 - das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde,
 - alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, sofern die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen erhoben werden,
 - das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DS-GVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für Sie.
 - eine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation, wobei Sie in diesem Fall das weitergehende Recht haben, über die geeigneten Garantien gemäß Art. 46 DS-GVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.
- gemäß Art. 16 DS-GVO unverzüglich die **Berichtigung** unrichtiger oder Vervollständigung der bei mir gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen.
 - nach Maßgabe des Art. 17 DS-GVO die Löschung (**Recht auf Vergessenwerden**) der bei mir gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft
 - Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
 - Sie widerrufen die Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DS-GVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
 - Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 2 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
 - Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
 - Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem ich unterliege.
 - Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DS-GVO erhoben.

und die Verarbeitung nicht erforderlich ist

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information,
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem ich unterliege, erfordert, oder zur Wahrnehmung

einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die mir übertragen wurde,

- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h) und i) DS-GVO sowie Art. 9 Abs. 3 DS-GVO,
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß Art. 89 Abs. 1 DS-GVO, soweit das in Art. 17 Abs. 1 DS-GVO genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Habe ich die personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und bin ich gemäß Art. 17 Abs. 1 DS-GVO zu deren Löschung verpflichtet, so treffe ich unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

- gemäß Art. 18 DS-GVO die **Einschränkung der Verarbeitung** der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit
 - die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es mir ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,
 - die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
 - ich die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötige, die Sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
 - Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt haben, solange noch nicht feststeht, ob meine berechtigten Gründe gegenüber Ihren überwiegen.
- gemäß Art. 20 DS-GVO die personenbezogenen Daten, die mir bereitgestellt wurden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und die Übermittlung dieser Daten an einen anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch mich zu verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**), sofern
 - die Verarbeitung auf einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DS-GVO oder auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b) beruht und
 - die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dieses Recht gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die mir übertragen wurde.

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DS-GVO die einmal erteilte Einwilligung jederzeit mir gegenüber zu widerrufen, was zur Folge hat, dass ich die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen darf (**Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung**). Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung jedoch nicht berührt.
- gemäß Art. 77 DS-GVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren (**Beschwerderecht**), unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde des üblichen Aufenthaltsortes oder Ihres Arbeitsplatzes oder meines Kanzleisitzes wenden. Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet Sie als Beschwerdeführer (m/w/d) über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DS-GVO. Die für mich zuständige Aufsichtsbehörde ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf.

Diese Rechte bestehen nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen und Beschränkungen. Insbesondere besteht das Recht auf Auskunft nicht, soweit durch die Auskunft Informationen offenbart würden, die der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen (§ 29 Abs. 1 Satz 2 BDSG). Zur Ausübung Ihrer Rechte genügt eine formlose Mitteilung an mich, etwa per E-Mail.

6. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogene Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DS-GVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung der personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Bei Ausübung eines solchen Widerspruchs bitte ich um Darlegung der Gründe, weshalb ich Ihre personenbezogenen Daten nicht wie von mir durchgeführt verarbeiten sollte. Im Falle Ihres begründeten Widerspruchs prüfe ich die Sachlage und werde entweder die Datenverarbeitung einstellen bzw. anpassen oder Ihnen meine zwingenden schutzwürdigen Gründe aufzeigen, aufgrund derer ich die Verarbeitung fortführe.

Der Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse für die Zusendung von Mandanteninformationen können Sie jederzeit ohne Angabe von Gründen widersprechen; Ihre Daten werden dann nicht mehr für diesen Zweck verarbeitet (Art. 21 Abs. 2 und 3 DS-GVO).

Für die Nutzung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an meine oben angegebene E-Mail-Adresse oder eine postalische Erklärung mir gegenüber.

Stand: Oktober 2026